

DIREKTE DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage

Graz/Wien, im Oktober 2012

Eine Verwendung der Daten dieses Berichts ist zulässig unter der Bedingung, dass er folgendermaßen zitiert wird:

Studiengruppe „International Vergleichende Sozialforschung“, Universität Graz/ Institut für Empirische Sozialforschung, Wien: Direkte Demokratie in Österreich. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Graz/ Wien Oktober 2012.



Studiengruppe INTERNATIONAL VERGLEICHENDE
SOZIALFORSCHUNG, Institut für Soziologie, Karl-
Franzens-Universität Graz
Universitätsstraße 15 • 8010 Graz
Telefon: (0316) 380-3540, -1541
E-Mail: max.haller@uni-graz.at
Internet: <http://www.uni-graz.at/sozwww/>



INSTITUT FÜR EMPIRISCHE
SOZIALFORSCHUNG GMBH
Teinfaltstraße 8 • 1010 Wien
Telefon: (01) 54 670-0
Fax: (01) 54 670-312
E-Mail: ifes@ifes.at
Internet: <http://www.ifes.at>

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Vorwort	3
Daten zur Untersuchung	5
I. Hauptergebnisse in Kurzform	6
II. Die Ergebnisse im Einzelnen.....	7
1. Interesse an Politik	7
2. Informationsquellen zur Politik.....	10
3. Politische Beteiligung	11
4. Zufriedenheit mit der Demokratie und den gewählten Volksvertreter/innen.....	12
5. Beurteilung der Arbeit des österreichischen Nationalrats.....	14
6. Gelegenheiten zur politischen Mitentscheidung	16
7. Einstellung zum Ausbau der direkten Demokratie	17
8. Beteiligung bei mehr direkter Demokratie	20
9. Abstimmungsthemen	22
10. Demokratiepölitisches Vorbild Schweiz	24
11. Vermutete Gewinner und Verlierer bei mehr direkter Demokratie	25
12. Angenommene Vor- und Nachteile bei mehr direkter Demokratie	27
III. Resümee	30

Vorwort

Die Arbeitsgruppe „International Vergleichende Sozialforschung“ (IVS) am Institut für Soziologie der Karl-Franzens-Universität Graz führt seit 1985, meist in Zusammenarbeit mit dem Institut für Empirische Sozialforschung (IFES) in Wien, die österreichischen Erhebungen im Rahmen des International Social Survey Programme (ISSP) durch. Dies ist ein weltweiter Forschungsverbund von rund 50 Ländern, in welchem jedes Jahr ein repräsentativer Bevölkerungsquerschnitt in allen Teilnehmerländern zu gesellschaftlich und politisch relevanten Themen befragt wird.

Die österreichische Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Max Haller hat maßgeblich zur Entwicklung von ISSP beigetragen, unter anderem durch zahlreiche Publikationen. Zuletzt (2009) organisierte sie die ISSP-Jubiläumskonferenz in Wien und gab den (von der American Sociological Association mit einem Preis gewürdigten) umfangreichen Band „The International Social Survey Programme 1984-2009. Charting the Globe“ heraus.

Ein wichtiges Thema der ISSP-Erhebungen sind Fragen der nationalen Identität, Staatsbürgerschaft und der politischen Einstellungen und Partizipation. Hier zeigt sich für Österreich ein widersprüchliches Bild: Einerseits ein sehr hoher Nationalstolz, andererseits ein geringes politisches Interesse und Partizipation. Ersteres ist vielleicht erklärbar durch die hohe Stabilität der Zweiten im Gegensatz zur Ersten Republik, wie auch durch den geradezu phänomenalen wirtschaftlichen Aufholprozess dieses Landes. Besonders im Ausland sehr kritisch beobachtet wurde und wird aber auch der Aufstieg einer der europaweit stärksten rechtsorientierten Parteien, die immer wieder mit fragwürdigen ausländerfeindlichen Parolen an die Öffentlichkeit tritt.

Die hiermit vorgelegte Studie wurde erstellt aus Eigenmitteln der Forscher an der Universität Graz und des Instituts für Empirische Sozialforschung in Wien, das sich seit seiner Gründung auch immer wieder gesellschaftspolitischen Themen gewidmet hat. Sie wurde völlig unabhängig von irgendwelchen Geldgebern oder politischen Institutionen durchgeführt.

Die Studie geht davon aus, dass es dringend notwendig ist, die Erstarrung des so lange erfolgreichen politischen Konkordanzsystems Österreichs aufzubrechen, um zu vermeiden, dass die politische Ent-

wicklung weiterhin so stark der wirtschaftlichen hinterher hinkt. Die Befunde haben die Erwartung der Autoren, dass die direkte Demokratie einen neuen Weg in dieser Richtung weisen könnte, in vollem Umfange bestätigt.

Graz/Wien, Oktober 2012

Max Haller

Gert Feistritzer

Daten zur Untersuchung

Thema: Einstellung zur direkten Demokratie in Österreich

Auftraggeber: O.Univ.-Prof. Dr. Max Haller
Institut für Soziologie an der
Karl Franzens Universität Graz

Grundgesamtheit: Personen ab 15 Jahren

Erhebungsgebiet: Österreich

Stichprobenumfang 2.000 Personen

Stichprobenziehung: Stratified Multistage Clustered Random Sampling
aus rezentem Adressmaterial des Institutes

Art der Befragung: CAPI-Face-to-face-Interviews

Befragungszeitraum: August bis September 2012

IFES-Projektleitung: Dr. Gert Feistritzer

Projektassistenz: Mag. Teresa Schaup
Mag. Brigitte Lindner

Auswertung: Mag. Claudia Pflügl

Text: Prof. Dr. Max Haller, Dr. Gert Feistritzer

I. Hauptergebnisse in Kurzform

Die Hauptergebnisse der Studie können folgendermaßen zusammengefasst werden:

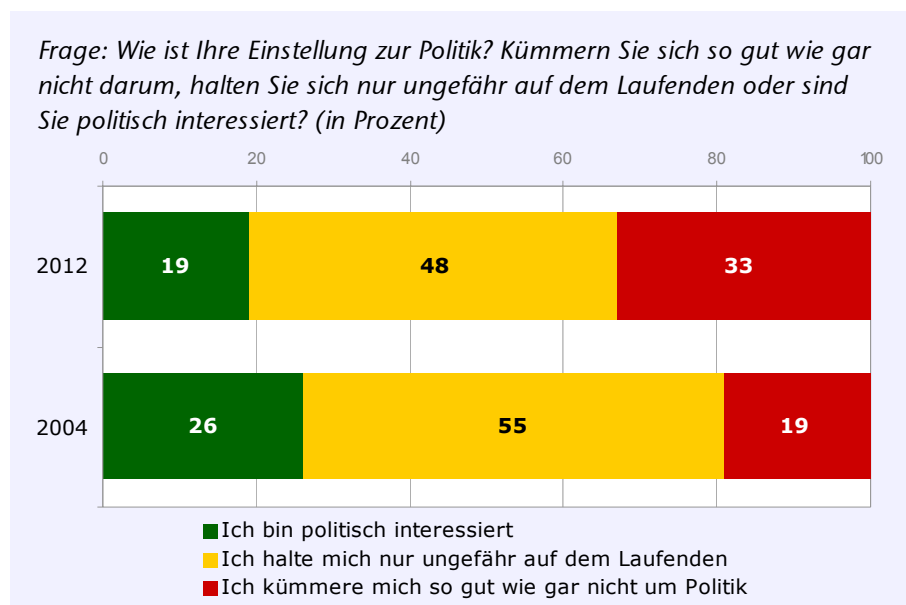
- Das Interesse der Bevölkerung an der Politik ist gering und nimmt im Zeitverlauf noch deutlich ab. Dies gilt in besonderem Maße für die unter 30-Jährigen. Dieser demokratiepolitisch höchst unerfreulichen Entwicklung liegt auch das zunehmend schlechter werdende Image der Politik und ihrer Repräsentant/innen zugrunde.
- Die Zufriedenheit mit unserem demokratischen System fällt eher mäßig aus; jene mit den gewählten Volksvertretern ist nochmals deutlich geringer. Nur ein Drittel der Bevölkerung hat von der Arbeit des Parlaments ein positives Bild.
- Vor diesem Hintergrund besteht unter den Österreicherinnen und Österreichern ein breiter Konsens darüber, dass ein Ausbau der direkten Demokratie wünschenswert wäre. Dies betrifft vor allem die politisch verbindlichen Volksabstimmungen; aber auch Volksbefragungen und Volksbegehren werden mehrheitlich befürwortet. Die bekundete Teilnahmebereitschaft hängt auch vom jeweiligen Thema ab, ist aber generell hoch.
- Von einer breiten Mehrheit wird das Schweizer Modell der direkten Demokratie als ein Vorbild auch für unser Land angesehen.
- Die Bevölkerung ist sich durchaus darüber im Klaren, dass mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten auch Gefahren mit sich bringen können (Populismus, Mehrheitsentscheidungen gegen Minderheiten, verstärkter Einfluss von Massenmedien, verzögerte Entscheidungen usw.). Mehrheitlich meint man dementsprechend auch, dass nicht über jedes Thema abgestimmt werden sollte.
- Die positiven Effekte durch einen Ausbau der direkten Demokratie werden aber deutlich stärker gesehen. Dabei denkt man vor allem an ein damit einhergehendes wieder wachsendes Interesse an Politik, an eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, an bessere Entscheidungen zum Wohle des Landes und seiner Bewohner und daraus resultierend an eine höhere Zufriedenheit mit unserem politischen System.

II. Die Ergebnisse im Einzelnen

1. Interesse an Politik

Nur ein Fünftel der Österreicherinnen und Österreicher zeigt ein größeres Interesse an Politik. Knapp die Hälfte hält sich darüber wenigstens einigermaßen auf dem Laufenden. Ein Drittel der Bevölkerung bekundet so gut wie kein Interesse.

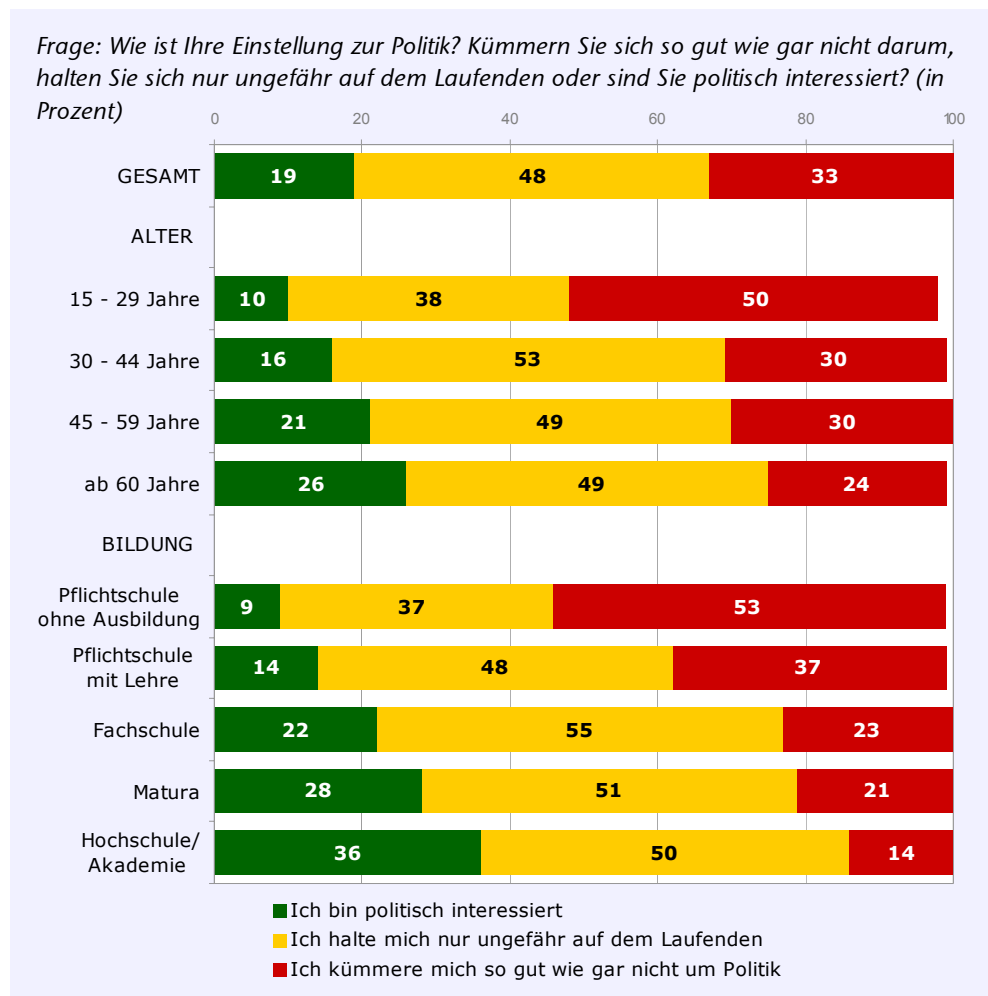
Innerhalb der letzten acht Jahre ist das politische Interesse deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2004 bezeichnete sich bei der methodisch vergleichbaren Parlamentarismusstudie rund ein Fünftel als politisch desinteressiert. Das bereits damals sehr mäßig ausgefallene politische Interesse hat sich mittlerweile noch deutlich verringert.



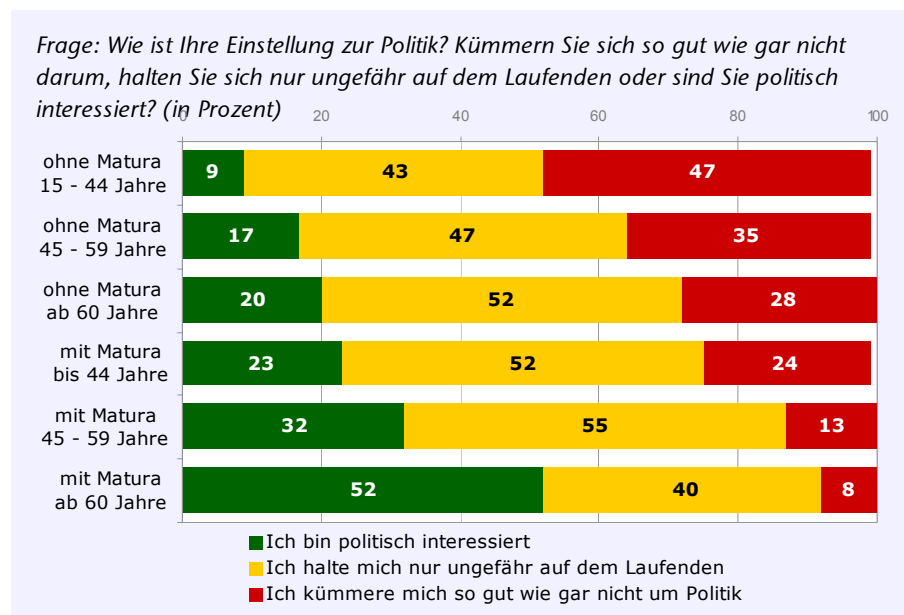
Problematisch ist vor allem das starke und zunehmende Desinteresse bei den Jüngeren. Von den unter 30-Jährigen gab die Hälfte an, sich nicht um Politik zu kümmern (im Jahr 2004 waren es mit 43 % bereits überdurchschnittlich viele). Bei den mittleren Altersgruppen beläuft sich die entsprechende Quote auf 30 Prozent, bei den Älteren auf rund ein Viertel.

Auch zwischen den Geschlechtern gibt es signifikante Unterschiede: Frauen interessieren sich im Schnitt weniger für Politik als Männer („kümmere mich nicht darum“: Frauen: 38 %, Männer: 27 %).

Ein wesentlicher Hintergrundfaktor für das politische Interesse ist der formale Bildungsabschluss. Mehr als die Hälfte der Pflichtschulabsolvent/innen gab an, sich für Politik nicht zu interessieren; bei der ‚obersten‘ Bildungsschicht sind es nur 14 Prozent. Aber selbst bei der Gruppe der Maturant/innen und Akademiker/innen bestätigt nur eine Minderheit ein erhebliches Interesse an Politik.



Besorgniserregend ist insbesondere der Umstand, dass sich nicht nur viele der jüngeren und mittleren Altersgruppen von der derzeitigen Politik abwenden, sondern dass diese Alterskorrelation auch innerhalb der Bildungsschichten überaus stark ist. Nur ein knappes Viertel der unter 45-Jährigen mit Matura oder Hochschule bekundet ein nennenswertes politisches Interesse; bei den über 60-Jährigen ab Matura ist der entsprechende Anteil mehr als doppelt so hoch.



2. Informationsquellen zur Politik

Die politischen Hauptinformationsquellen sind natürlich die Massenmedien. Immerhin 56 Prozent aller Befragten gaben an, politische Diskussionen im Fernsehen oder Radio zu sehen und zu hören; 47 Prozent lesen ausführlich die Politikseiten in den Zeitungen. (Dieser Anteil ist angesichts der Gesamtgruppe der Zeitungsleser/innen als eher gering zu bezeichnen). Ebenso viele diskutieren gelegentlich im Freundes- und Bekanntenkreis über Politik. 17 Prozent nutzen zur politischen Informationsbeschaffung auch das Internet (unter 30-Jährige: zu 26 %).

Frage: Wie informieren Sie sich über Politik? (in Prozent)					
	GESAMT	ALTER			
		15 - 29 Jahre	30 - 44 Jahre	45 - 59 Jahre	ab 60 Jahre
Ich sehe oder höre politische Diskussionen im Fernsehen oder Radio	56	43	52	57	68
Ich lese ausführlich die Politikseiten in den Zeitungen	47	33	40	52	60
durch Diskussionen mit Freunden und Bekannten	47	49	55	47	39
im Internet	17	26	22	15	8
durch die Mitarbeit bei einer Partei	4	2	4	6	4
anderes	2	2	1	2	2
nichts davon, ich interessiere mich dafür nicht	19	26	18	18	15

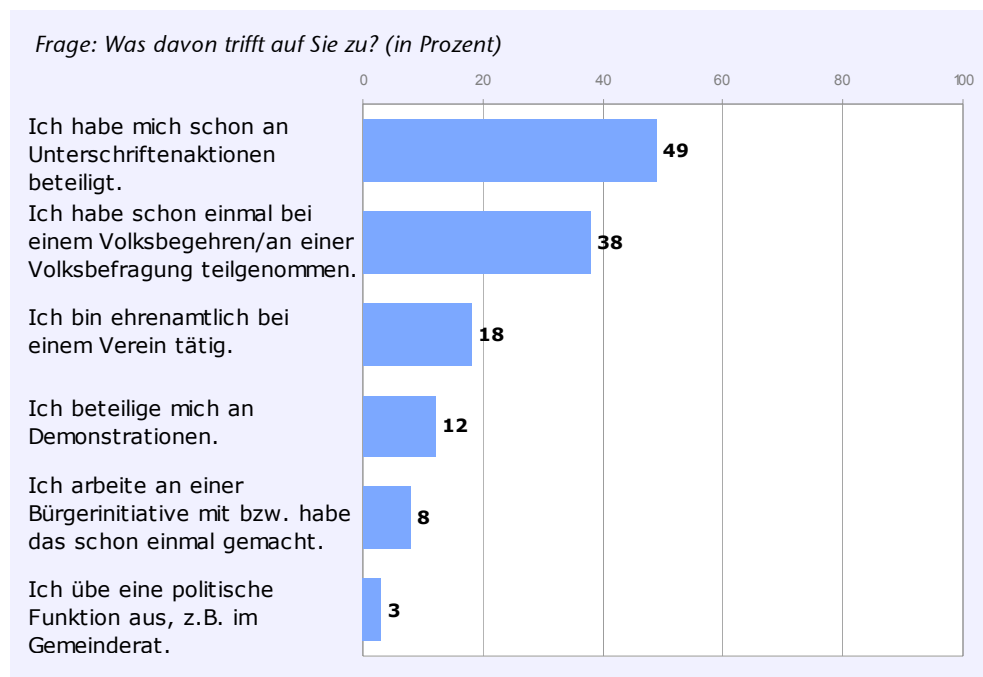
Von der großen Gruppe der politisch Desinteressierten gab die Hälfte an, sich überhaupt nicht über Politik zu informieren. Auch die gezielte Wahrnehmung der politischen Berichterstattung in den Massenmedien liegt bei ihnen unter der 25-Prozentmarke.

Sich politisch auf die eine oder andere Weise zu informieren, ist ebenfalls stark von Alter und Bildung abhängig. Jüngere und weniger Gebildete lesen, hören und diskutieren weniger über Politik, Ältere und Hochschulabsolventen/innen häufiger. Die etwas häufigere Nutzung von Internet als Quelle politischer Information bei unter 30-Jährigen (26 %) kann das Defizit nicht wettmachen.

3. Politische Beteiligung

Die politische Beteiligung der Österreicherinnen und Österreicher fokussierte sich bislang abgesehen von der Teilnahme an Wahlen auf die Beteiligung an Unterschriftenaktionen (49 %), einem Volksbegehren oder einer Volksbefragung (38 %). 12 Prozent sagten, dass sie sich an Demonstrationen beteiligen bzw. dies schon einmal gemacht haben. Dabei handelt es sich unabhängig vom Alter vorwiegend um Angehörige der ‚oberen‘ Bildungsschicht.

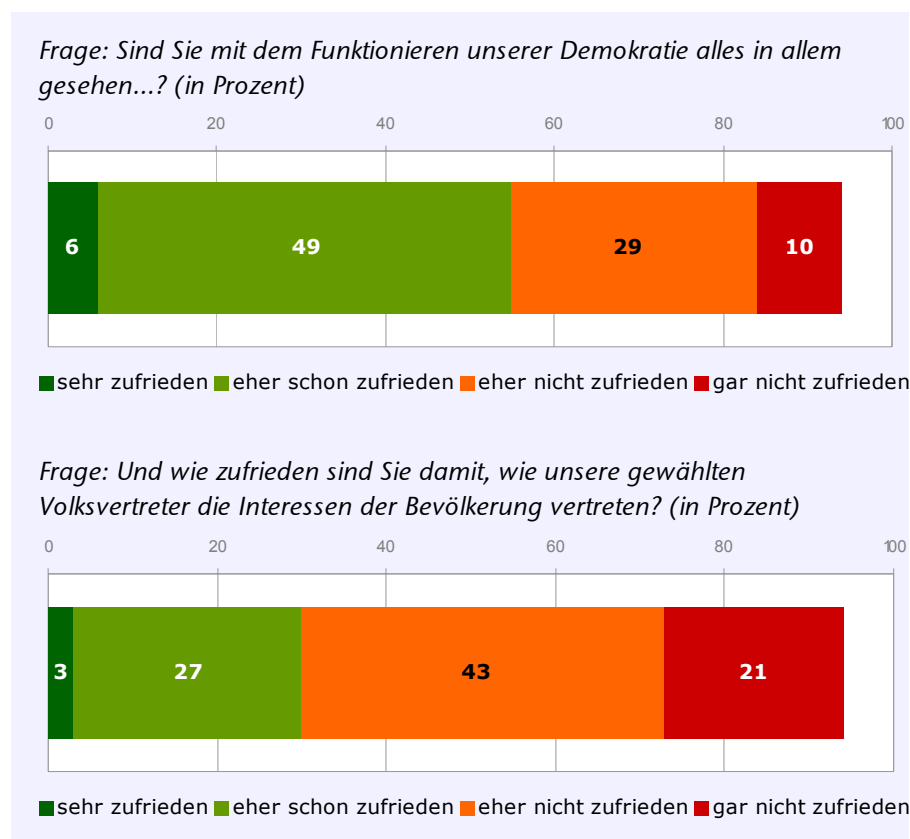
Derselbe Bildungshintergrund manifestiert sich bei jenen, die bei Bürgerinitiativen mittun. Insgesamt 8 Prozent der Befragten bestätigten eine solche Teilnahme. Hier ist der Unterschied zwischen Absolventen einer Pflichtschule und jenen einer höheren Bildung besonders hoch (4 % zu 18 %).



4. Zufriedenheit mit der Demokratie und den gewählten Volksvertreter/innen

Mit unserem demokratischen System ist nur eine knappe Mehrheit der Bevölkerung zumindest einigermaßen zufrieden (55 %). Vier von zehn Befragten haben da schon größere Vorbehalte.

Auf der politischen Personenebene fallen die Ergebnisse noch schlechter aus. Nur drei von zehn Österreicherinnen und Österreichern sind damit zufrieden, wie ihre gewählten Volksvertreter/innen die Interessen der Bevölkerung wahrnehmen.



Bei der Zufriedenheit mit dem demokratischen System und mit der Arbeit der Volksvertreter/innen gibt es ein klares West-Ost-Gefälle: In Vorarlberg, Tirol und Salzburg sind die entsprechenden Zufriedenheitsquoten deutlich höher als im übrigen Österreich. Das Schlusslicht bildet Kärnten; dies ist das einzige Bundesland in welchem weniger als die Hälfte der Befragten mit dem politischen System zufrieden

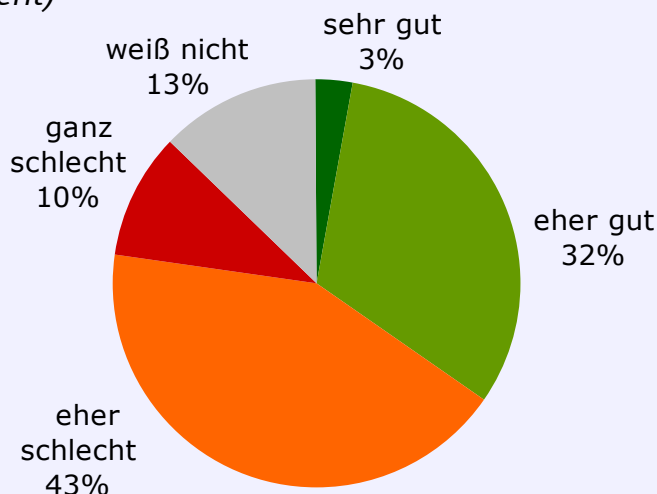
sind, gefolgt von Wien und Niederösterreich (jeweils 51 %); in Tirol und Vorarlberg dagegen sind gut zwei Drittel zufrieden. Wenn man sich die Häufigkeit politischer Skandale in den verschiedenen Bundesländern in jüngster Zeit vergegenwärtigt, scheint das Urteil der Bevölkerung auch in diesem Punkt die Realität sehr gut widerzuspiegeln.

Sehr viel seltener zufrieden (33 %) mit dem Funktionieren der Demokratie sind des Weiteren die Anhänger der FPÖ.

5. Beurteilung der Arbeit des österreichischen Nationalrats

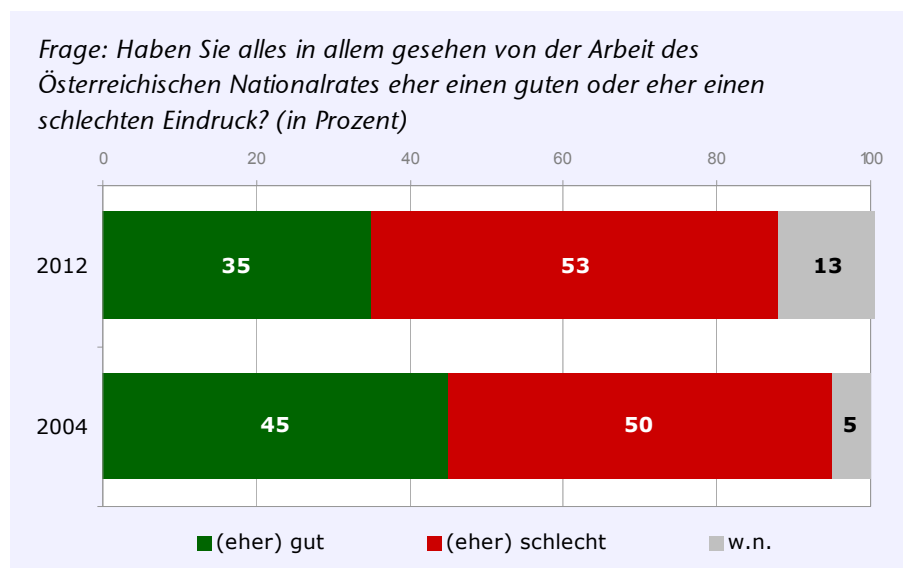
Von der Arbeit der Abgeordneten im Parlament machen sich viele kein besonders gutes Bild. Nur rund ein Drittel der Befragten hat hier einen guten Eindruck.

*Frage: Haben Sie alles in allem gesehen von der Arbeit des Österreichischen Nationalrates eher einen guten oder eher einen schlechten Eindruck?
(in Prozent)*



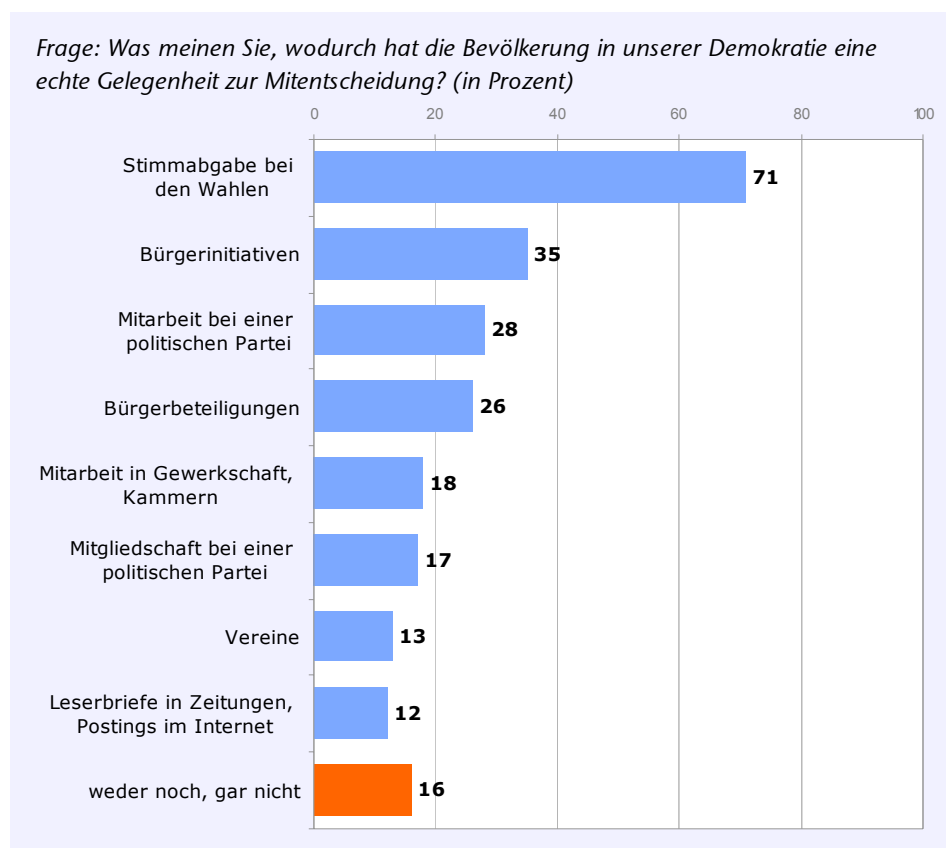
Per Saldo überwiegen bei allen größeren Bevölkerungssegmenten die Vorbehalte - weitgehend unabhängig von Geschlecht, Alter, Bildung und politischem Interesse. Bedenklich auch der Befund bei Schüler und Studierenden: 37 % wollen oder können zu dieser Frage keine Stellung nehmen.

Das Image der Parlamentarier hat sich in den letzten acht Jahren weiter verschlechtert. In der Parlamentarismusstudie im Jahr 2004 sagten noch 45 Prozent der Befragten, dass sie von der Arbeit des Österreichischen Nationalrates insgesamt gesehen einen (eher) guten Eindruck haben – dieser Anteil ist mittlerweile um 10 Prozentpunkte geschrumpft.



6. Gelegenheiten zur politischen Mitentscheidung

Die Mehrzahl der Bevölkerung sieht nur in Wahlen eine echte Gelegenheit zur demokratischen Mitentscheidung (71 %). 35 Prozent nannten in diesem Zusammenhang Bürgerinitiativen; etwas mehr als ein Viertel verwies auf die Möglichkeit, bei einer politischen Partei mitzuarbeiten sowie auf Bürgerbeteiligungen. Alle anderen Nennungsanteile liegen unter der 20-Prozentmarke. Auch die unter 30-Jährigen liegen hier in etwa im Gesamtschnitt.



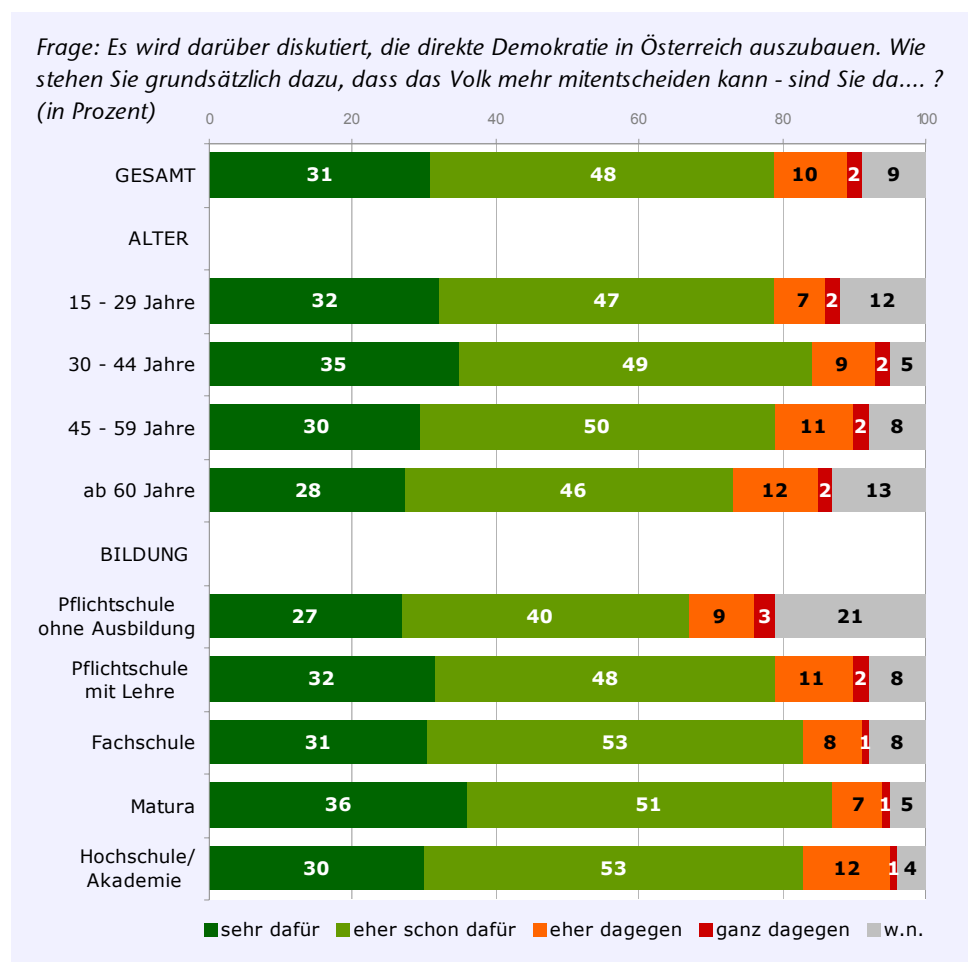
Innerhalb der Gruppe der politisch Interessierten sehen überdurchschnittlich viele bei Bürgerinitiativen (55 %) und bei Bürgerbeteiligungen (42 %) wesentliche demokratische Mitentscheidungsoptionen für die Bevölkerung.

Sehr deutlich sind auch hier die Unterschiede nach Bildungsabschluss und sozialer Schicht: In Bürgerinitiativen sehen Akademi-

ker/innen zu 56 % eine Möglichkeit der Mitentscheidung, dagegen nur ein Fünftel der Pflichtschulabsolventen; in der obersten Schicht A sind es 48 %, in der untersten Schicht E nur 19 %.

7. Einstellung zum Ausbau der direkten Demokratie

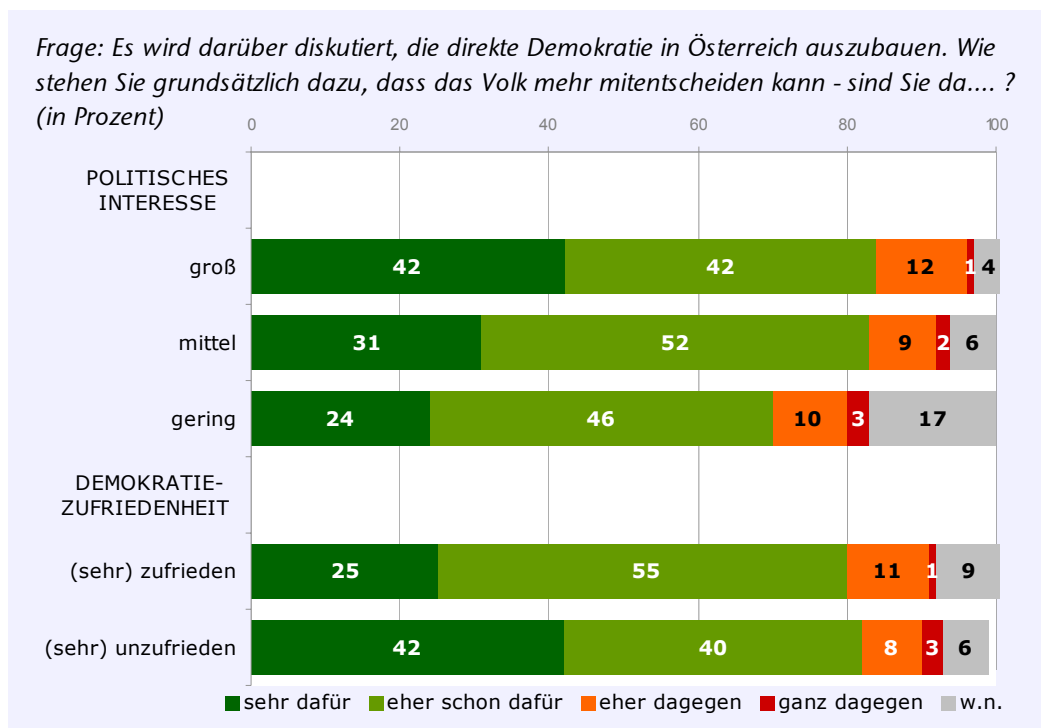
Das wichtigste Ergebnis der Umfrage lautet: Es besteht ein breiter Konsens bei den Österreicherinnen und Österreichern darüber, dass ein Ausbau der direkten Demokratie wünschenswert ist. Dem stimmen quer durch alle Bevölkerungsschichten rund acht von zehn Befragten zu. Dazu zählen auch die Jüngeren und generell jene, die sich derzeit für Politik wenig bis gar nicht interessieren.



Für mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten sprechen sich nicht nur die politisch einigermaßen Interessierten aus, sondern mit großer Mehrheit auch jene, welche der derzeitigen Politik wenig Aufmerksamkeit zuwenden und die generell mit unserer realen Demokratie und den vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten unzufrieden sind.

Für mehr direkte Demokratie sind vor allem Anhänger von FPÖ und BZÖ.

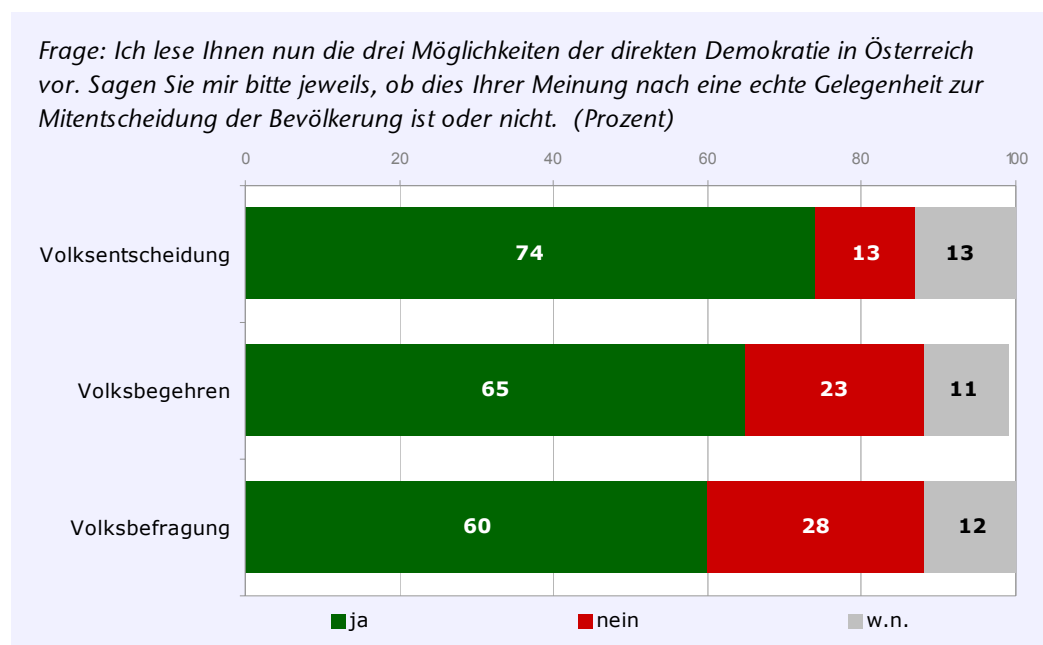
Mehr Mitentscheidungsoptionen könnten sicher dazu beitragen, auch diese Gruppen stärker für Politik einzunehmen und deren derzeitige Unzufriedenheit mit unserem politischen System zu verringern. Dies legt die folgende Grafik nahe: An der Politik Interessierte und mit der derzeitigen Demokratie Unzufriedene wünschen sich viel häufiger einen Ausbau der direkten Demokratie.



In diesem Zusammenhang sollten die Befragten die drei wichtigsten Möglichkeiten der direkten Demokratie in Österreich darauf hin beurteilen, ob diese ihrer Meinung nach eine echte Gelegenheit zur Mitentscheidung der Bevölkerung darstellen oder nicht.

Eine *Volksabstimmung* bzw. *Volksentscheidung*, bei der die Bevölkerung über einen Gesetzesentwurf des Parlaments abstimmt, wird von drei Viertel der Österreicherinnen und Österreicher als wichtige Möglichkeit der Mitbestimmung erachtet.

Auch *Volksbegehren*, die bei ausreichender Beteiligung vom Parlament behandelt werden müssen, das aber inhaltlich nicht daran gebunden ist, halten zwei Drittel der Befragten für eine echte Gelegenheit zur Mitentscheidung. Hinsichtlich einer *Volksbefragung* auf Initiative von Politik oder Verwaltung, die den Mehrheitswunsch ebenfalls nicht umsetzen müssen, stimmen dem 60 Prozent zu.



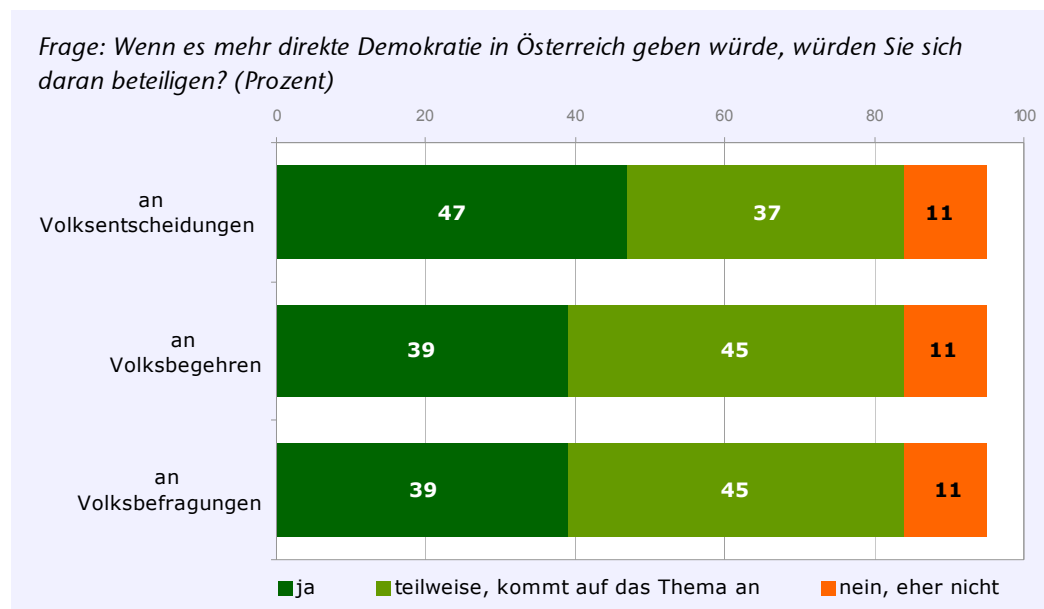
Diese Befunde sind über alle sozialen Gruppen hinweg weitgehend ähnlich. Sie zeigen deutlich: Je verbindlicher ein Verfahren, desto mehr wird es befürwortet.

Bemerkenswert sind zwei Ergebnisse: Zum einen ist die positive Bewertung der Volksentscheidung mit 95 % in Vorarlberg weit höher als sonst wo in Österreich. Hier muss man wohl annehmen, dass die bessere Kenntnis der starken direkten Demokratie der Schweiz dabei eine Rolle gespielt hat. Das andere Ergebnis: Jüngere und Personen mit Pflichtschulbildung befürworteten die politisch unverbindlichen Volksbegehren und Volksbefragungen deutlich seltener.

8. Beteiligung bei mehr direkter Demokratie

Die Bereitschaft, an diesen drei möglichen Formen der direkten Demokratie auch teilzunehmen, ist durchaus hoch. Knapp die Hälfte der Befragten sagte, dass sie bei einer Volksentscheidung mitmachen würden; bei Volksbegehren und bei Volksbefragungen bestätigten dies rund vier von zehn Personen.

Hoch ist auch der Anteil derer, die sagten, dass für sie eine Teilnahme von der Themenstellung abhängen würde. Jeweils nur eine sehr kleine Minderheit bekundete gar kein persönliches Interesse an diesen Formen der Mitbestimmungsmöglichkeiten.



Auch die gegenwärtig politisch vielfach absentes Jüngeren liegen bei der Teilnahmebereitschaft bei allen diesen Optionen im Gesamtschnitt. Selbst von der Gesamtgruppe der politisch bislang wenig bis gar nicht Interessierten sagte eine Mehrheit, dass man sich zumindest bei hinreichend relevanten Themen an der politischen Willensbildung sicher beteiligen würde.

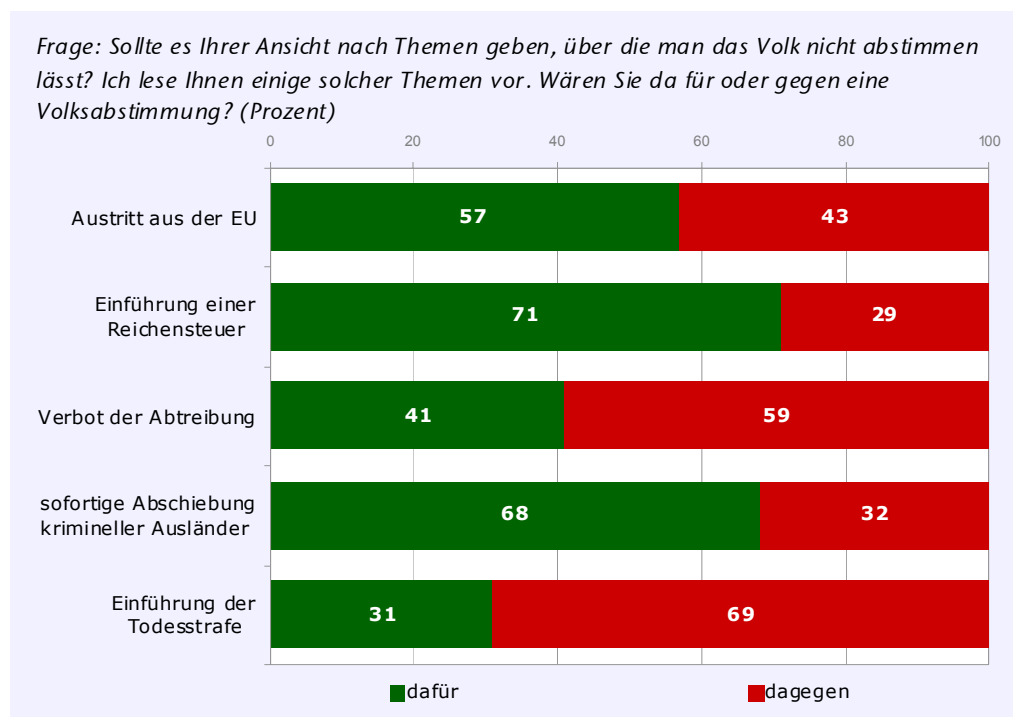
Frage: Wenn es mehr direkte Demokratie in Österreich geben würde, würden Sie sich daran beteiligen? (in Prozent)

	Volksentscheidung		Volksbegehren		Volksbefragung	
	Ja	kommt auf das Thema an	ja	kommt auf das Thema an	ja	kommt auf das Thema an
GESAMT	47	37	39	45	39	45
ALTER						
15 - 29 Jahre	50	35	41	45	39	47
30 - 44 Jahre	53	36	43	45	40	45
45 - 59 Jahre	47	39	38	49	39	48
ab 60 Jahre	41	37	34	43	36	42
POLITISCHES INTERESSE						
groß	62	28	55	37	53	37
mittel	49	39	39	48	39	48
gering	37	39	30	46	30	45

9. Abstimmungsthemen

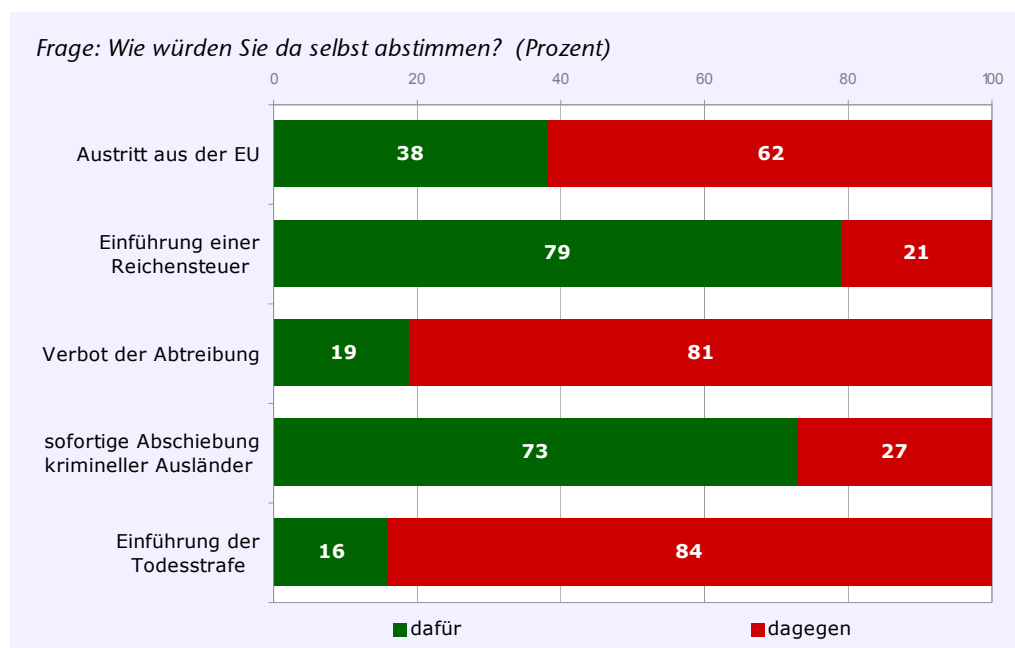
Ein gewichtiges Argument gegen den Ausbau der Mitsprache der Bevölkerung lautet, dass es heikle Themen gibt, die man keiner Volksentscheidung unterziehen sollte. Dies betrifft vor allem mögliche Abstimmungsergebnisse, die einen Verstoß gegen die Menschenrechte bedeuten würden.

Dies sieht auch die Bevölkerung je nach Thematik durchaus differenziert. Demgemäß ist eine klare Mehrheit dagegen, dass es etwa eine Volksabstimmung zur Einführung der Todesstrafe in Österreich geben sollte. Auch das Thema „Abtreibungsverbot“ wird mehrheitlich als für eine Volksabstimmung ungeeignet empfunden. Umgekehrt würden aber rund zwei Drittel eine Volksabstimmung zur Frage einer sofortigen Abschiebung von kriminellen Ausländern befürworten. Ebenso groß ist der Konsens darüber, dass das Volk über die Einführung einer Reichensteuer verbindlich entscheiden können soll. Auch die Frage eines EU-Austritts wird mehrheitlich als für eine Volksabstimmung geeignet betrachtet.



Wir wollten mit dieser Befragung jedoch auch herausfinden, ob es bei politischen Themen eventuell tatsächlich Entscheidungen geben könnte, die gegen international akzeptierte Grundnormen verstoßen würden. Daher sollten die Befragten zu all diesen Themen auch sagen, ob sie im Falle einer Volksabstimmung dafür oder dagegen votieren würden.

Die Ergebnisse zeigen: klare Pro-Mehrheiten gäbe es bei einem Plebiszit über die Einführung einer Reichensteuer und über die unverzügliche Abschiebung krimineller Ausländer. Beides wird von Personen in niedrigen sozialen Schichten eher befürwortet, letzteres auch von FPÖ-Anhängern. Bei den zwei anderen grundrechtlich „heiklen“ Fragen – Verbot der Abtreibung und Einführung der Todesstrafe – spräche sich jedoch eine deutliche Mehrheit dagegen aus. Es gibt in dieser Hinsicht nur geringe Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Befürchtungen in dieser Hinsicht sind also nicht begründet.

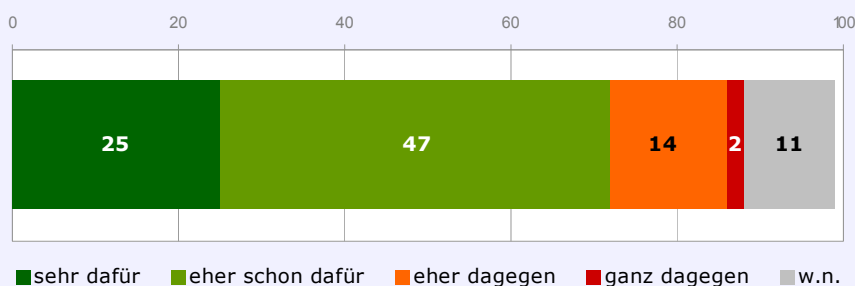


10. Demokratiepolitisches Vorbild Schweiz

Unser Nachbarland Schweiz stellt weltweit ein Vorbild im Hinblick auf direkte Demokratie dar; es werden dort jährlich zahlreiche, verbindliche Volksabstimmungen durchgeführt. Sieben von zehn Österreicherinnen und Österreichern sehen die Schweiz durchaus als demokratiepolitisches Vorbild für unser Land an. Dies betrifft konkret die Regelung, wonach die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, selbst eine Volksabstimmung einzuleiten, die im Falle einer mehrheitlichen Befürwortung in den Gesetzesrang gehoben wird.

Dieser breite Meinungskonsens bildet sich wieder bei allen ausgewerteten Bevölkerungsgruppen ab. Auch zwischen den Geschlechtern, den Altersgruppen und den Bildungsschichten herrscht hier große Einigkeit. Ganz überdurchschnittlich hoch ist die Zustimmung dazu wieder im Schweizer Grenzland Vorarlberg (94 %).

Frage: In der Schweiz haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, selbst eine Volksabstimmung einzuleiten, die bei einer mehrheitlichen Befürwortung automatisch zu einem Gesetz wird. Wie sehr wären Sie dafür oder dagegen, diese Möglichkeit auch in Österreich einzuführen? (in Prozent)



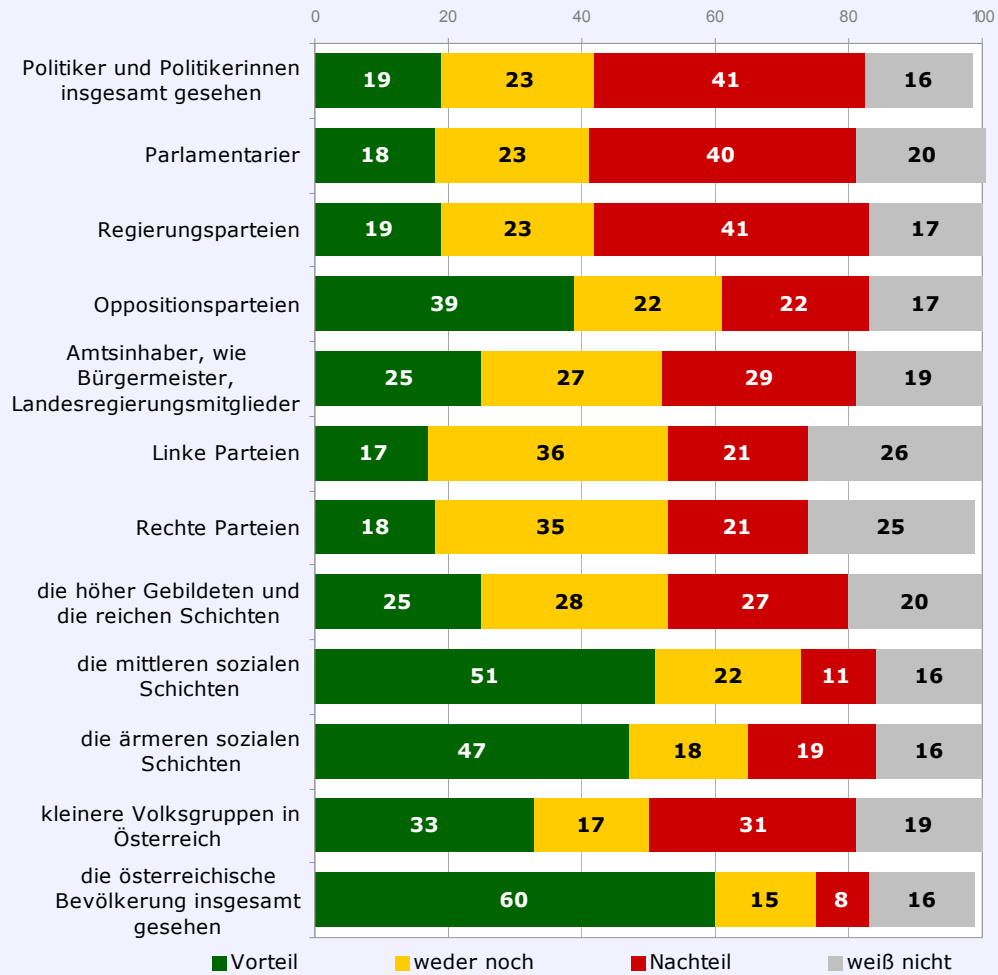
11. Vermutete Gewinner und Verlierer bei mehr direkter Demokratie

Bei der Frage, welche Gruppen nach Einschätzung der Befragten eher Vorteile oder eher Nachteile im Falle eines Ausbaus der direkten Demokratie in Österreich haben würden, bildet sich ebenfalls ein sehr klares Ergebnis ab. Vermutlich eher wenig Freude mit einem Ausbau der direkten Demokratie hätten nach Ansicht der Bevölkerung die etablierten Politikerinnen und Politiker respektive die Parlamentarier und die Regierungsparteien – also jene, die derzeit die Politik maßgeblich bestimmen.

Von mehr direkter Demokratie würde in den Augen der Befragten hingegen die Bevölkerung insgesamt und hier vor allem wiederum die mittleren und schwächeren sozialen Schichten profitieren. Zu einem gewissen Teil träfe das auch auf die Oppositionsparteien zu.

Bei allen anderen abgefragten Gruppen halten sich die angenommenen Vor- und Nachteile in etwa die Waage. Und relativ viele können sich da weder in die eine oder andere Richtung nennenswerte Effekte vorstellen, was ja auch objektiv schwer zu prognostizieren ist.

Frage: Welche der folgenden Gruppen würde Ihrer Einschätzung nach von mehr direkter Demokratie einen Vorteil oder einen Nachteil haben? (in Prozent)



12. Angenommene Vor- und Nachteile bei mehr direkter Demokratie

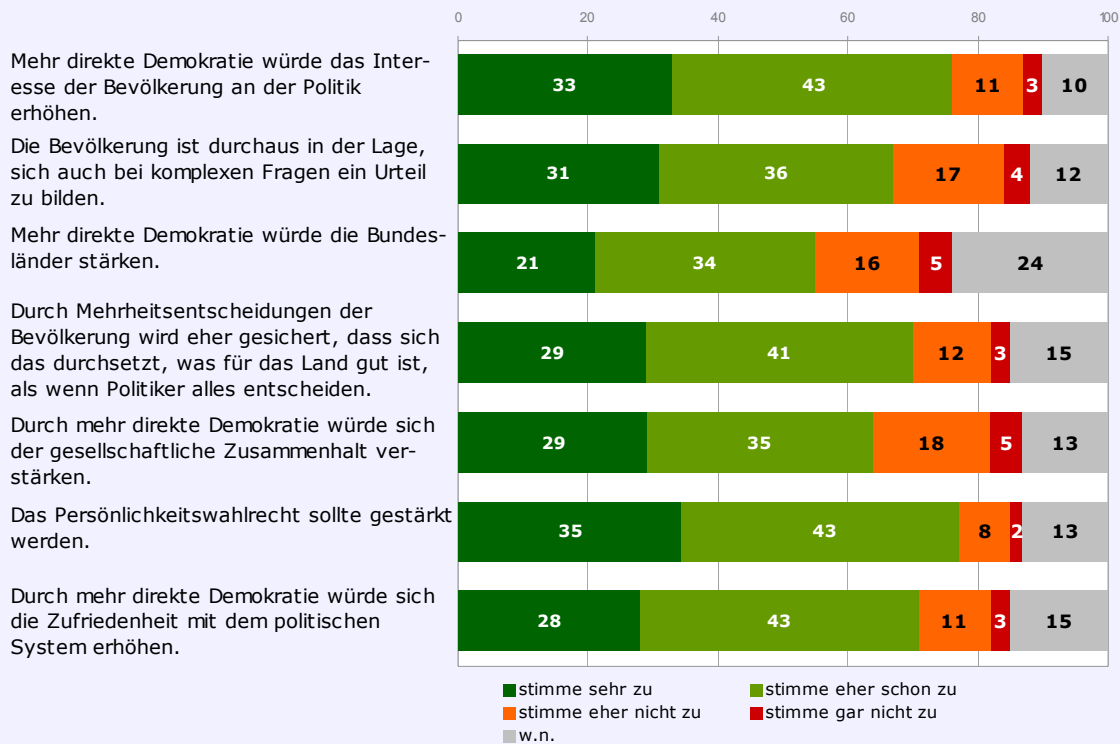
Alle bisher angeführten Ergebnisse belegen, dass sich die Bevölkerung mit großer Entschiedenheit mehr direkte Demokratie in Österreich wünscht. Das bedeutet aber noch nicht, dass man darin nur Vorteile sieht. Es werden durchaus auch Bedenken angeführt, die man im Zuge eines Ausbaus der Mitbestimmungsmöglichkeiten ins Kalkül ziehen sollte. Zu dieser Thematik wurden zwölf Aussagen vorgelesen, wobei die Befragten jeweils angeben konnten, in welchem Ausmaß sie diesen zustimmen oder nicht zustimmen.

Zuerst zu den klar als positiv eingeschätzten Effekten eines Ausbaus der direkten Demokratie. Mehrheitlich ist man davon überzeugt, dass dies Folgendes bewirken würde:

- Eine Erhöhung des Bevölkerungsinteresses an Politik (76 %);
- Mehr Zufriedenheit mit dem politischen System (71 %);
- Bessere Entscheidungen zum Wohle des Landes (70 %);
- Eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (64 %);
- Eine Stärkung der Bundesländer (55 %).

Zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass die Bevölkerung durchaus in der Lage ist, sich auch bei komplexeren Fragen ein richtiges Urteil bilden zu können (die Voraussetzung dafür wäre natürlich eine ausreichende Information und ein darauf basierender öffentlicher Diskurs). Ein breiter Konsens besteht auch darüber, dass die Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts ein wesentlicher Beitrag zu mehr direkter Demokratie wäre.

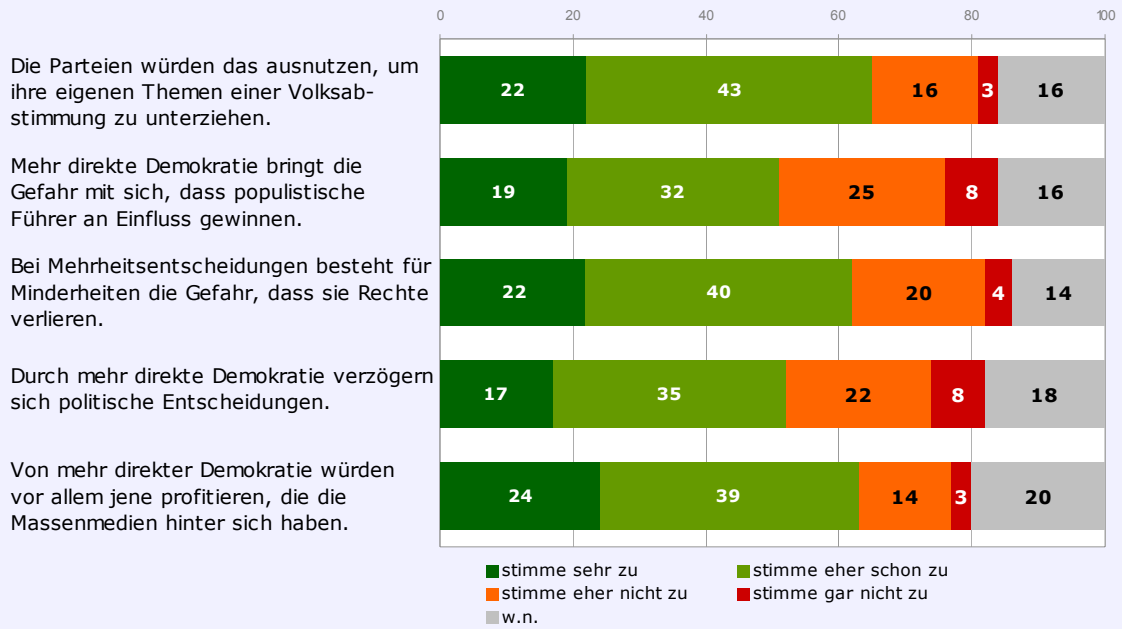
Frage: Mehr direkte Demokratie könnte bedeuten, dass ein Volksbegehren ab einer bestimmten Teilnehmerzahl zu einer Volksabstimmung führt, deren Ergebnis dann umzusetzen ist. Dazu gibt es unterschiedliche Standpunkte. Sagen Sie mir bitte zu folgenden Aussagen, wie sehr sie dem zustimmen oder nicht zustimmen. (Prozent)



Vorbehalte im Zusammenhang mit einem Ausbau der direkten Demokratie signalisieren viele bei folgenden Aspekten:

- Gefahr, dass Minderheiten ihre Rechte verlieren (66 %);
- Instrumentalisierung durch Parteien für ihre Zwecke (65 %);
- Die beeinflussende Rolle der Massenmedien (63 %);
- Politische Entscheidungen verzögern sich (52 %);
- Populistische Führer können an Einfluss gewinnen (51 %).

Frage: Mehr direkte Demokratie könnte bedeuten, dass ein Volksbegehren ab einer bestimmten Teilnehmerzahl zu einer Volksabstimmung führt, deren Ergebnis dann umzusetzen ist. Dazu gibt es unterschiedliche Standpunkte. Sagen Sie mir bitte zu folgenden Aussagen, wie sehr sie dem zustimmen oder nicht zustimmen. (Prozent)



Die Mehrzahl der Österreicherinnen und Österreicher ist also ganz offenkundig in der Lage, eine differenzierte Einschätzung der Vor- und Nachteile im Zusammenhang mit einer Ausweitung der direkten Demokratie vorzunehmen. Auch dies spricht für einen Ausbau derselben.

III. Resümee

Die Demokratie befindet sich weltweit in Krise: Rückgang der Wahlbeteiligung, schwindendes Vertrauen in politische Institutionen und Entscheidungsträger, abnehmende Parteienbindung und politische Mitarbeit sind nur die auffallendsten Symptome. Die europäische Integration hat diese Tendenzen durch die gestiegene Komplexität der Entscheidungsprozesse auf mehreren Ebenen noch verstärkt. Österreich ist von diesen Entwicklungen besonders stark betroffen. Die Beteiligung bei Nationalratswahlen ist von früher über 90 % auf 78 % gesunken, jene bei Europawahlen auf nur mehr 45 %. Den - inzwischen gar nicht mehr so „großen“ - Koalitionen wird weithin Reformunfähigkeit attestiert. Besonders dramatisch ist das niedrige politische Interesse bei Jugendlichen.

Die Stärkung der direkten Demokratie könnte einen entscheidenden Schritt zu einer Korrektur dieser höchst problematischen Entwicklung darstellen. Unsere Befunde zeigen, dass diese einhellig über alle Bevölkerungsschichten hinweg befürwortet wird. Erfahrungen mit direkter Demokratie in der Schweiz widerlegen viele der hierzulande geäußerten Vorbehalte: Die direkte Demokratie führt weder zu einer verantwortungslosen Ausgabenpolitik der öffentlichen Institutionen – das Gegenteil ist der Fall – noch zu einer nationalistisch-chauvinistischen Politik. Dafür ist die Zufriedenheit mit der Politik in der Schweiz europaweit eine der höchsten. Unsere eigene Umfrage hat ergeben, dass die Bürger/innen bei menschenrechtlich besonders heiklen Themen (z.B. Todesstrafe) durchaus in einem modern-aufgeklärten Sinne abstimmen würden. Auch die bisher zwei einzigen Volksabstimmungen in Österreich – zur Atomkraft 1978 und zum EU-Beitritt 1994 – haben gezeigt, dass durch die intensiven öffentlichen Diskussionen im Vorfeld hohes Interesse in der Bevölkerung erzeugt wird und die Entscheidungen in der Folge sehr verantwortungsbewusst getroffen werden.

Durch die direkte Demokratie ist auch kein Bedeutungsverlust des Parlaments zu befürchten. Vom steigenden politischen Interesse würden letztlich auch die gewählten Volksvertreter/innen profitieren. Neue Formen politischer Beteiligung stellen hier keine Alternative dar. Sie sind auch wichtig und ein positives Zeichen, aber werden vor allem von jenen Bevölkerungsgruppen genutzt, welche ohnehin guten Zugang zu Entscheidungsträgern haben, sich öffentlich artikulieren und im Bedarfsfalle auch organisieren können. Dagegen würden durch di-

rektdemokratische Abstimmungen vor allem Menschen in einfachen sozialen Schichten und junge Menschen angesprochen. Sie sind es auch, welche jetzt überproportional Parteien wie der FPÖ ihre Stimme geben. Da diese ihrerseits von anderen Parteien als nicht „koalitionsfähig“ eingestuft wird, verstärkt sich dadurch die Lähmung des politischen Lebens in Österreich.

Entscheidend ist allerdings, in welcher Form direkte Demokratie realisiert werden soll. Die bisher in Österreich dominante Form der Volksbegehren, die selbst bei hoher Teilnehmerzahl völlig ohne Konsequenz bleiben, ist kontraproduktiv; sie trägt vermutlich eher zu Politikverdrossenheit bei. Ausschlaggebend für eine positive demokratiepolitische Wirkung von Volksabstimmungen sind zwei Aspekte. Zum Einen muss die Mitbestimmung in Form der direkten Demokratie eben unmittelbar, also „direkt“, zu politischen Konsequenzen führen. Damit dies in einer für Gesellschaft und Politik konstruktiven Form geschehen kann, ist zum Zweiten auch eine umfassende und objektive Information der Bevölkerung notwendig. Dann entfällt auch das Argument, dass einfache Menschen sich keine fundierte Meinung über komplexe politische Entscheidungen machen können. Denn bei grundlegenden Fragen, die für Volksabstimmungen geeignet sind, gibt es ohnehin keine „richtigen“ oder „falschen“ Entscheidungen, sondern in aller Regel mehrere gute Gründe, die sowohl für als auch gegen bestimmte Vorschläge sprechen.